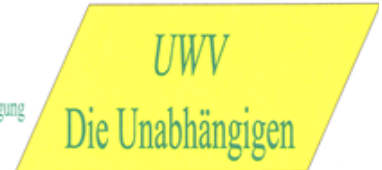




Fraktion der
Unabhängigen Wählervereinigung
im Kreistag Euskirchen



Jülicher Ring 32, 53879 Euskirchen

| | |
|--------|------------|
| | A 156/2024 |
| Datum: | 22.02.2024 |

Az.:

Öffentliche Sitzung

Nichtöffentliche Sitzung

Beratungsfolge:

Kreistag

20.03.2024

**Für eine wehrhafte Demokratie - Kreistag Euskirchen unterstützt Trierer Erklärung
hier: Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Grüne, FDP, UWW**

Sehr geehrter Herr Landrat,

wir nehmen Bezug auf die einschlägigen Bestimmungen der Geschäftsordnung des Kreistages und der Kreisordnung NRW und beantragen namens und im Auftrag unserer Fraktionen, den Tagesordnungspunkt

Für eine wehrhafte Demokratie - Kreistag Euskirchen unterstützt Trierer Erklärung

zum Gegenstand der Sitzung des Kreistages am 20.03.2024 zu machen.

Darüber hinaus beantragen wir, dass sich der Kreistag Euskirchen sinngemäß für die Städte und Gemeinden in unserem Kreis Euskirchen der beigefügten Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages vom 18.01.2024 anschließen möge.

Begründung:

Seit die Geheimpläne von AfD-Politikern zu rassistischen Deportationen öffentlich wurden, regt sich heftiger Protest, es gab erfreulich viele und vielfältige Demonstrationen im ganzen Land.

Die AfD verachtet unser solidarisches Miteinander, unsere Grundrechte, unsere Freiheit, unsere demokratische Republik.

Wir halten dem stand – gegen Rechtsextremismus, gegen Rassismus und für unsere wehrhafte Demokratie.

Der Kreistag Euskirchen bekräftigt, unsere demokratischen Werte gegen politischen Extremismus zu verteidigen, denn die aktuelle Lage ist ein Auftrag für alle demokratischen Parteien, das Vertrauen in unsere freiheitlich demokratische Grundordnung zu stärken und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und Wirtschaft gegen Demokratiefeinde einzustehen.

Vor diesem Hintergrund beantragen wir, der Kreistag Euskirchen möge sich sinngemäß für die Städte und Gemeinden in unserem Kreis Euskirchen der beigefügten Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages vom 18.01.2024 anschließen.

Der Text der Erklärung lautet:

Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren.

In unseren Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unseren Stadtgesellschaften. Das macht unsere Städte aus. Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in unseren Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften.

Mit freundlichen Grüßen

Ute Stolz
(Fraktionsvorsitzende CDU)

gez. Kurth
f.d.R. Maren Kurth
(Fraktionsgeschäftsführerin CDU)

Thilo Waasem
(Fraktionsvorsitzender SPD)

gez. Wolff
f.d.R. Nina Wolff
(Fraktionsgeschäftsführerin SPD)

Jörg Grutke
(Fraktionsvorsitzender B90/Die Grünen)

gez. Schmid
f.d.R. Conny Schmid
(Fraktionsgeschäftsführerin B90/Grüne)

Frederik Schorn
(Fraktionsvorsitzender FDP)

gez. Milbert
f.d.R. Annegret Milbert
(Fraktionsgeschäftsführerin FDP)

Franz Troschke
(Fraktionsvorsitzender UWV)

gez. N. Troschke
f.d.R. Nicole Troschke
(Fraktionsgeschäftsführerin UWV)